

Die Arbeiterin

Zeitschrift

für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.

Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen.

Eintracht macht stark — Bildung macht frei!

Redaktion: Emma Jhrer, Welten (Mark). — Expedition und Verlag: Fr. Meyer, Hamburg, Rosenstr. 35.

Erscheint wöchentlich einmal und zwar am
Sonabend.

Annoncen pro Zeile 20 Pfennig. Vereine erhalten
Rabatt.

Abonnement pro Vierteljahr 1 Mark, Einzelnummer
10 Pf. Direkt per Kreuzband M. 1.40.

Freunde und Freundinnen! Sorgt für die Verbreitung der „Arbeiterin“!

Das Vereinsrecht der Frauen im gelobten Deutschland.

Im Monat August wurde der Verein der Frauen und Mädchen für Halle und Umgegend polizeilich geschlossen auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes vom Jahre 1850, welcher besagt: „Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten vorstehende Bestimmungen u. s. w. a) sie dürfen keine Frauenspersonen u. s. w. aufnehmen, auch dürfen Frauenspersonen in den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine nicht theilnehmen.“ Die gegen die Schließung beim Regierungspräsidenten eingereichte Beschwerde wurde zurückgewiesen, da in den Vereinsitzungen wiederholt politische Gegenstände erörtert sein sollten. Aus gleichem Grunde erob überdies noch die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Vorstandsmitglieder: Frau Tischlermeister Ida Grothe, Frau Zigarrenhändler Alwine Sanow, Frau Restaurateur Anna Streicher, Frau Hutmacher Auguste Voigt, Frau Töpfer Anna Florin und Frau Restaurateur Sophie Mack. Erstere vier genannten Personen bildeten den Vorstand, letztere zwei gehörten zu den Revisoren. Die Verhandlung fand am 14. August vor dem Schöffengericht in Halle statt. Die Gesetzesübertretungen sollten durch drei Beamte, welche die Versammlungen des Vereins überwacht hatten, bezeugt werden. Der Zeuge Wachtmeister Reinhardt bekundete, daß in einer Vereinsversammlung am 11. Mai das Mitglied Frau Zwarg aufgefordert habe, die Reichstagsdebatten recht fleißig zu lesen; auf diese Aufforderung habe Herr Mittag zugesprochen: „Das gehört hier nicht her, das ist Politik, die darf hier im Verein nicht getrieben werden.“ Der Aufforderung Mittag wurde seitens der Vorsitzenden sofort Folge geleistet, indem sie der Frau Zwarg das Wort entzog. Als hauptsächlich belastend für die Angeklagten waren die Angaben des Zeugen Kommissar Henze, welcher äußerte, der sozialdemokratische Agitator Krüger habe in einer Versammlung des Vereins von seiner Parteibewegung und den großen Verbesserungen seit dem Auftreten Lassalles gesprochen, auch von der freien Meinungsäußerung und der erschwerenden Wirkung der Gewerbesteuer auf das Leben der Proletarier. Unter anderem betonte er, man sollte den Frauen das gesellschaftliche Recht einräumen, wie den Männern, damit sich die Frauen an den Arbeiten in den gesetzgebenden Körperschaften beteiligen können. Die Staatsanwaltschaft erachtet daraufhin die Uebertretung des Vereinsgesetzes für erwiesen. Ohne Zweifel sei ein solcher Verein, wie der in Frage kommende, als politischer anzusehen. Der Verein habe nur bezweckt, sozialdemokratische Lehren unter den Angehörigen der Mitglieder zu verbreiten. Herr Mittag hat ja selbst im Schuldbewußtsein des Vereins erklärt, Frau Zwarg solle keine Politik treiben. Auch die Krüger'sche Agitationsrede zeuge für die politische Tendenz. Eine Geldstrafe kann die Angeklagten nicht treffen, da diese von der Sozialdemokratie bezahlt würde, sie beantrage deshalb gegen jede der Angeklagten eine Haftstrafe von drei Wochen und Schließung des Vereins. Der Verteidiger Herr Schulze meint, von einer Bestrafung der Angeklagten Mack und Voigt könne erstens gar keine Rede sein, da diese als Revisoren mit dem Vorstand absolut nichts zu thun hätten. Auch ein Zweck, politische Gegenstände zu erörtern, liege nicht vor. Die Staatsanwaltschaft legt Gewicht auf die Äußerung der Frau Zwarg. Gerade die Vorsitzende hat doch auf den Jurist Mittag bewiesen, indem sie der Frau Zwarg sofort das Wort entzog, daß der Verein politische Gegenstände zu erörtern nicht dulde. Auf die Worte Krügers kann kein Gewicht gelegt werden. Man kann doch nicht annehmen, daß der Verein für die Äußerung Krügers verantwortlich gemacht werden soll. Es wäre gerade so, als wenn ein Mitglied der konservativen Partei in einer sozialdemokratischen Versammlung von seiner Partei spräche und man wollte dem sagen, er sei Sozialdemokrat. Die Staatsanwaltschaft hat auch den Fehler bezeugt, daß sie gleich auf die erste Versammlung am 22. Juli, in welcher politische Gegenstände erörtert, aber nicht bezweckt

sind, eingeschritten ist. Die Staatsanwaltschaft konnte erst, wenn wieder eine politische Vereinsversammlung stattgefunden hätte, berechtigterweise einschreiten. Er beantragt deshalb die Freisprechung der Angeklagten. Nach längerer Verathung verkündete der Gerichtshof das Urtheil, welches für die Frauen Mack und Voigt auf Freisprechung lautete, die anderen vier Angeklagten wurden zu je 50 Mark Geldstrafe, eventuell zehn Tagen Haft verurtheilt. Auch wurde auf die Schließung des Vereins erkannt!

Wenn durch solche Handhabung des Vereinsgesetzes die Frauen und Mädchen nicht der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie zugeführt werden sollten, wäre es ein Wunder. Wahrhaftig, Verwaltungs- und Gerichtsbehörden thun in Deutschland ihr Möglichstes in der Auslegung und Anwendung der Gesetze; der Erfolg davon ist das Gegentheil von dem, was die Ordnungsparteiler wünschen.

Der erste Prozeß in Berlin im Jahre 1885, wie alle übrigen, haben rege für die Ausbreitung der Arbeiterinnenbewegung agitirt und wir dürfen wohl hoffen, daß auch der neueste gerichtliche Akt in Halle seine Schuldigkeit in der Hinsicht thun wird, den säumigen Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes zu zeigen, wie nothwendig es ist, daß auch sie energisch mitkämpfen zur Befreiung desselben, und derselbe sie ferner erkennen lehrt, daß man ihre geschmähten Rechte in so besonderem Maße deshalb beschränkt, weil es für die Reaktion (den Rückschritt) und für das Kapital hochwichtig ist, das weibliche Geschlecht möglichst lange zu verhindern, am Fortschritt der Menschheit theilzunehmen.

Freies Versammlungsrecht haben die Frauen und Mädchen bekanntlich nur da, wo sie es sich gegenüber den Behörden und oft genug auch gegenüber den eigenen Genossen erkämpft haben.

In Bayern herrschen über das Vereinsgesetz noch sehr verschiedene Anschauungen. In Nürnberg und Fürth haben Frauen unbeanstandet Zutritt zu öffentlichen Versammlungen und können solche auch einberufen, da das bayerische Vereinsgesetz ebenfalls nur verbietet, daß Frauenspersonen Mitglieder politischer Vereine werden. In München dagegen werden öffentliche Versammlungen von und für Frauen verboten.

Die „Frankische Tagespost“ schreibt: Wie die Polizei in der kgl. Haupt- und Residenzstadt wirtschaftet, das hat wieder einmal das Verbot der Arbeiterinnenversammlung, in der Frau Jhrer sprechen sollte, bewiesen. Aber das Verbot an sich ist noch nicht einmal das Schlimmste, sondern die Art und Weise, wie der Herr Polizeidirektor das vollständig ungesetzliche Verbot zu „motiviren“ für gut findet. Frau Jhrer begab sich nämlich, als sie erfahren hatte, daß die Versammlung verboten sei — zuerst hatte es bloß geheißt, die Polizei habe das Lokal abgetrieben — auf die Polizeidirektion, um sich nach dem Stand der Sache zu erkundigen und eventuell Beschwerde gegen das Verbot zu führen. Da hörte sie denn, daß es sich nicht um das sonst in München nicht ganz außer Gebrauch befindliche behördliche „Veranlassen des Lokalzurückziehens“ handelte, sondern um ein direktes Nachwort, um ein Verbot der Versammlung „auf Grund des Vereinsgesetzes.“ Als Frau Jhrer dem Herrn Polizeiobersten vorhielt, daß von einem solchen Verbot gar nicht die Rede sein könne, da das Gesetz den Behörden mit keinem Wort das Recht dazu gebe, entgegnete der Herr Direktor, er wisse sehr wohl, daß „im Gesetz nichts davon stehe, aber es sei eben seine persönliche Anschauung (!), daß solche Versammlungen verboten werden müßten!“ — Als vor 2 1/2 Jahren unter dem Vorsth der Gräfin Buttler in der „Alten Akademie“ eine öffentliche Frauenversammlung stattfand, in welcher Frau Dr. Naue über die Mißstände im Erwerbsleben u. der Arbeiterinnen referirte, da war die hohe Polizei der kgl. Residenzstadt nicht der „persönlichen Anschauung“, daß diese Versammlung von „Frauenspersonen“ zu verbieten sei. Natürlich, da standen ja Gräfinnen, Doktorfrauen und sonstige Angehörige der „distinguirten“ Gesellschaft an der Spitze, in Folge dessen konnte auch das Gesetz nicht durch eine solche „persönliche Anschauung“ korrigirt

werden, wie jetzt, wo es sich um einen Vortrag der „sozialdemokratischen Agitatorin“ handelte! Aus jener Versammlung ging auch als Resultat die Gründung eines sogenannten „Arbeiterinnenheims“ hervor, welches — vielleicht auch nicht den ursprünglichen Erfolg hat, daß den Herren Bourgeois Arbeiterinnen, die bereits auf der tiefsten Stufe der Lebenshaltung angekommen sind, zugewiesen werden können, wodurch die Herren in die angenehme Lage versetzt werden, nach wie vor die Löhne so niedrig, als ihnen erwünscht ist, halten zu können. — Die Vorgesetzten der Münchener Polizeidirektion, Regierungspräsident und Minister des Innern, früher selbst im gleichen Amt, werden nach der ganzen seitherigen Praxis der bayerischen Bureaucratie an der „persönlichen Anschauung“ des Herrn Direktors wohl kaum etwas zu korrigiren finden; wie aber, fragen wir, stellt sich der bayerische Landtag zu dieser Vergewaltigung des Versammlungsrechts? Wird sich irgend ein „Freisinniger“ oder einer von der Fraktion mit dem Aushängeschild: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ finden, der so viel Gerechtigkeits Sinn besitzt, um die gleichen Rechte des gesammten Volkes energisch zu wahren? Um Antwort wird nicht gebeten! —

München. Am Tage, an dem die Arbeiterinnenversammlung stattfinden sollte, wurde die „Münchener Post“ konfiszirt, weil sie das Inserat mit der Bekanntmachung der Versammlung noch enthielt. Sämmtliche anderen Zeitungen brachten ebenfalls nach ergangenen Verbot eine hinweisende Notiz eventl. wurden nicht beanstandet. Das ist das gleiche Recht für alle Staatsbürger.

Zur Nothstandsfrage.

Rußland. Ueber die Hungersnoth in vielen Theilen des Landes bringen die englischen Blätter fortlaufend schreckliche Berichte. In den Gouvernements Kasan, Samara, Mischni soll furchtbares Elend herrschen. Im Gouvernement Samara, so wird gemeldet, starben so viele Leute, daß viele ohne religiöse Form begraben wurden. Die Gerichte haben Urtheilungen der Plünderung der Scheunen aufgehoben. Bei Dufco lagern Tausende von Bauern im Felde. Sie hatten ihre Dörfer verlassen in der Hoffnung, anderwärts Arbeit zu finden. 25 Millionen Personen werden keine Steuern zahlen können. Dadurch wird im diesjährigen Budget ein Defizit von 100 Millionen Rubeln entstehen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in andern Gouvernements. Vielfach drohen ernstliche Bauernaufstände. — Der „Standard“ meldet soeben aus Odessa, daß in der Umgebung von Vattu Tausende von Bauern Hungers starben. — Petersburger Blätter melden, daß in dieser Saison auf Befehl des Zaren keine Hofbälle mehr stattfinden sollen; die Offiziere der Garderegimenter wollen bei ihren Festmählern keinen Champagner mehr trinken; das ersparte Geld soll den Nothleidenden zugewendet werden. So giebt man mit der Miene des nächstenliebenden Christen den Unglücklichen einen millionsten Theil von dem zurück, was man zuvor von ihnen ausgepreßt hat.

Es ist interessant, zu beobachten, wie die bürgerlichen Blätter eifrig den Nothstand in Rußland besprechen und den im eigenen Lande leugnen, obgleich er täglich mehr zu Tage tritt. Oder ist es noch kein Nothstand, wenn die Menschen auf den Straßen umfallen, weil sie gänzlich entkräftet und ausgehungert sind, da sie keine Arbeit finden konnten. „Er wollte lieber sterben als arbeiten“ schreiben sie, wenn so ein Arbeitsloser auf der Straße stirbt; von „Verkommenheit“ schreiben sie, wenn eine Mutter für ihre hungernden Kinder ein Brod von einem Brodwagen auf der Straße nimmt. — Von einem Abschaffen des Zolles aber ist keine Rede und wenn derselbe einer Stadt unerschwingliche Summen kostet, wie Nachstehendes beweist:

Plauen. In unserer Stadt haben im Auftrage der Regierung Erhebungen über den Verbrauch an Brod in einzelnen Haushaltungen stattgefunden. Im Durchschnitt rechnet man für die Person 1 Pfund Getreide und das ist niedrig gegriffen. Die Stadt Plauen zahlt infolge des Zolles für dieses Pfund Getreide jährlich 430,000 Mk. Das genügt doch wahrlich!

Und Plauen ist jener Bezirk, welcher Allen bekannt ist als der berückteste wegen seiner schlechtesten Löhne für Luxusarbeiten, z. B. Gardinen-Fabrikation. Weib und Mann und Kind arbeiten unaufhörlich und fahren ob der schlechten Löhne ein elendes Dasein. In Plauen und in den schlesischen Weberbezirken ist der Hunger chronisch; es werden jene Bezirke wohl im Winter den Hungertypus zuerst als Gast am leeren Tisch im öden Hause sehen.

Infolge einer durch einen Unfall an der Maschine eingetretenen Betriebsstörung konnte die Zeitung nicht zur rechten Zeit fertig gedruckt werden. Wir bitten unsere Leser in Rücksicht hierauf das verspätete Erscheinen gütigst entschuldigen zu wollen.

Der Fall Madus.

Die Ermordung des alten Fräulein Adler in Berlin durch ihr kaum achtzehnjähriges Dienstmädchen Auguste Madus hat ungeheures Aufsehen erregt und allgemeinen Schrecken unter den Hausfrauen der Bourgeoisie, besonders den alleinstehenden alten Damen, verbreitet. Die bürgerliche Presse ergeht sich in allerlei Redensarten über die mit erschreckender Kaltblütigkeit und beispiellosem Raffinement ausgeführte That und sucht dafür vergeblich nach einer Erklärung. Die böse „Verderbtheit der Großstadt“ wagt sie diesmal nur ganz verschämt dafür verantwortlich zu machen. Sie hat aber ihre guten Gründe für dieser ungewöhnlichen Zurückhaltung, denn die Mörderin ist eine rechte „Unschuld vom Lande“, welche überhaupt erst seit Ende August in Berlin war. Auch mit dem allgemeinen Sündenbock, der „Veranlagungsfucht der arbeitenden Klasse“, ist es diesmal nichts. Man hatte zwar entsetzt die Hände darüber zusammengeschlagen, daß die Mörderin gleich nach der Bluthat ans den Tanzboden ging und sich dort der ausgelassensten Fröhlichkeit hingab; aber nachträglich hat sich herausgestellt, daß sie an jenem Abend überhaupt zum ersten Male einen Tanzboden besucht hat. Und um den Mordern und „Frommen“ im Lande ihr letztes bißchen Frassung zu rauben, will es die Ironie des Zufalls, daß die Madus behauptet, sie habe ihre Herrin ermordet, weil sie über die Verweigerung der Erlaubnis zum Kirchenbesuch aufgebracht gewesen sei. Mag sein, daß dies nur eine Ausrede ist. Aber bei der trotz allen Raffinements doch unleugbaren Beschränktheit der Mörderin, wäre ihr Vergleichen zuzutrauen. Wer mit Erklärungsgründen schnell bei der Hand ist, der wird hier vielleicht an den Gedanken kommen, daß sie thatsächlich aus der Finsternis der Unwissenheit und des Aberglaubens heraus, von dem sie übrigens beim Mord selbst direkte Proben abgelegt hat, zu der That gelangt sei. Die „Nationalzeitung“, ein bürgerliches Blatt, hat allerdings eine andere, nicht minder vorschnelle Erklärung. Sie eifert gegen die Schauerromane, besonders gegen den „Scharfrichter von Berlin“, welcher ihrer Ansicht nach von jedem zweiten Dienstmädchen in Berlin gelesen wird, und von dem sie nachzuweisen sucht, daß er sehr wohl die Anregung zu dem Mord gegeben haben könne. Sie erblickt eine schwere Gefahr für die Sicherheit der Familien darin, wenn dieser unheilvolle Einfluß sich auf weite Kreise der Dienstmädchen erstreckt haben sollte.

In der Abneigung gegen die Schauerromane stimmen wir der „Nationalzeitung“ bei, jedoch nicht deshalb, weil wir meinen, daß sie zu Mordthaten anregen können. Die Madus insbesondere dürfte den erwähnten Roman wohl kaum gelesen haben, da sie ja erst seit wenigen Wochen in Berlin war. Wenn, wie es leider thatsächlich der Fall ist, soviel Schauerromane unter den Dienstmädchen verbreitet sind, so trifft die Schuld die Herrschaften, welche ihren Dienstmädchen weder das Lesen ihrer Zeitungen gestatten, noch sonst ein gutes Buch in die Hände geben. Wir kennen allerdings vereinzelte Hausfrauen, welche das thun. Aber die Zeitungen, welche sie ihren Mädchen geben, sind die „Arbeiterin“ oder andere sozialdemokratische Blätter. — Blätter, deren Einfluß der Bourgeoisie noch viel unheilvoller erscheinen dürfte, sobald sie es leider wieder bei dem „Scharfrichter von Berlin“ bewenden lassen wird. Wenn es die Sozialdemokratie gar unternehme, die Dienstmädchen durch Flugblätter über ihre Lage aufzuklären, dann würde sich die Herrschaft mit einem Male um die Lektüre des Gesindes kümmern und die Flugblätter — zerreißen. Es ist beinahe als ein Glück zu betrachten, daß eine solche Agitation bisher noch nicht versucht worden ist. Wahrscheinlich würde man sonst die Sozialdemokratie für den Mord verantwortlich machen. Wenn es wahr ist, daß die Madus ihre Herrin wegen Verweigerung des Kirchenbesuches ermordet hat, dann thut uns die „Kreuzzeitung“ aufrichtig leid. Das „fromme“ Blatt hatte als Mittel gegen die Verbreitung der Sozialdemokratie unter den Dienstmädchen für diese mehr freie Zeit zum Kirchenbesuch von den Herrschaften verlangt. Jetzt wird sich das Blatt schwere Gewissensbisse darüber machen. Wir kondoliren von Herzen!

Aus der bürgerlichen Presse und für die bürgerliche Presse.

Da ich mich zu „Frau Ihrer und Konsorten“ rechne, möchte auch ich der „Kreuzzeitung“ sowohl als dem „Leipziger Tageblatt“ eine Antwort und zugleich belehrende Erklärung ertheilen.

Dienstmann 213.

Von Heinrich Landsberger.

Bedächtig, mit gewohnter Aufmerksamkeit, immer des Anrufs gewärtig, die Augen eifrig auf die gegenüberliegenden Fensterfronten gerichtet, ob sich eine winkende Hand vielleicht zeige, so trottete er sein Revier hinab. Eben gings über den Belle-Alliance-Platz, dann die Friedrichstraße hinein bis zu den Linden, dort rechts ab und über die Markgrafen- und Lindenstraße wieder zurück. So wars den ganzen Tag mit Ausnahme der Mittagsstunde, wo er nach Hause ging . . . gestern, morgen und übermorgen.

Es war ein nicht kalter, aber feuchter Januarstag, ein trüber Früh-Nachmittag. Auf der Straße Schlamm und Schmutz.

Er mochte in den Sechzigern sein. In dem schon ziemlich verfallenen Gesicht mit den wässrigen Augen und dem erli halbergrauteu Backenbart nichts Außergewöhnliches. Auf dem Leibe hatte er noch einen gut erhaltenen Ueberzieher, zwischen dessen Schößen der blaue Leinenfittel hervorah. Auf dem Kopfe die roth-lackirte Mütze mit der Kokarde und dem kleinen ovalen Messingschild, darauf die Nummer, der Polizeistempel und die Aufschrift: „Selbstständiger Dienstmann.“ Früher gehörte er einem der fünf Dienstmannkontore an und trug die Aufschrift: „Expres.“ Da thats ihm aber um die 20 Pfennig leid, die er täglich dem Kontor bezahlen mußte, blos für das Bischen Hofe, Blouse und Mütze, die es dafür alle Jahre lieferte. Dann trat er der Berliner Dienstmanngenossenschaft bei als eines ihrer sechzig Mitglieder, und auf dem länglichen

Um Kochtopf und Strickstrumpf soll sich eine Frau bekümmern oder mit anderen Worten den Mann, die Familie beglücken — einverstanden, — und wenn je eine Frau mit guten und ernsthaften Vorsätzen vom Altar in die Ehe trat, so war ich es, so gut, so ernsthaft, daß ich schon nach einigen Jahren das vergebliche Bemühen — innerhalb des engumgrenzten Wirkungskreises ein beglückendes Familienleben zu führen, einfach und auf Kosten einer wohlgeordneten Häuslichkeit — erkennen mitverdienen mußte, denn der Verdienst des Mannes reicht ein für allemal nicht dazu aus, ein unserer Kultur entsprechendes Leben zu führen.

Was erreicht nun aber eine mitverdienende Frau? Vorerst eine geringe Aufbesserung der Einnahme, dann Zerfall der Wirtschaft, eine zerrüttete Gesundheit, verwahrloste Kinder, kurz, eine traurige, erbärmliche Existenz, nicht werth gelebt zu werden; darauf geht ja freilich die heutige Wirtschaftsweise hinaus, möglichst viel armes Volk zu ruinieren, damit ein paar Besitzende ein Schlaraffenleben führen können.

Die unaufgeklärteste, jedoch mit guten Vorsätzen in die Ehe tretende Frau wird nach einiger Zeit, je früher je ernsthafter sie sich um Kochtopf und Strickstrumpf bekümmerte, sozialistische Bestrebungen erkennen und sich der einzig und allein die Wohlfahrt der Armen fördernden Partei anschließen.

Viel, unendlich viel Frauen sind mir bekannt, welche sich mit thranenden Augen um den Kochtopf bekümmern, in welchem außer dem billigen Quantum Wasser, Kartoffeln und ein paar Knochen zur „kräftigenden“ Mahlzeit für die Familie gartochen sollen; — es ist ein Hohn, Jemanden auf den Kochtopf zu verweisen, wenn er nichts zu kochen hat!

Wie gern möchten sich die Frauen Garn zum Stricken kaufen, das Geld dazu fehlt ihnen jedoch und voll Verzweiflung treten sie der Sozialdemokratie bei, von ihr und nur von ihr Hilfe aus ihrem erbärmlichen Dasein erwaitend. Freilich giebt es auch leider solche Frauen, welche Heerd und Strickstrumpf vorschühend, dem Leben theilnahelos gegenüber stehen, denen es gleichgültig ist, ob der von ermüdender Arbeit heimkehrende Mann eine „kräftige“ Mahlzeit vorfindet, denen es gleichgültig ist, ob die Kleidung der Familie gerechten Ansprüchen genügt. Die ein zufriedenes Dasein führen, wenn sie ein Kind auf dem Arm an den Straßenecken herumlungern, oder den Tag mit einer Nachbarin verschwauen können, — diese Frauen haben freilich aus lauter Sorge um Kochtopf und Strickstrumpf keine Zeit — sozialistische Versammlungen zu besuchen.

Solche Frauen sind für's Haus, sind nach dem Wunsche der „Kreuzzeitung“ und „Leipziger Tageblatt“ Redakteure.

Dank den dazu berufenen Frauen für ihr muthiges Auftreten, durch welches sie die Menschen aus stumpfsinnigem Hinleben, aus muthloser Ergebung in traurige Verhältnisse aufzuträuteln zum Kampfe, zur Auflehnung gegen die heutige anarchische Gesellschaftsordnung.

Zur Kellnerinnen-Bewegung.

„Sozialdemokratische Muckerei“ hat es die „freisinnige“ Presse genannt, daß ein Kreis von Genossinnen und auch Genossen eine Agitation zur Hebung der Lage der Kellnerinnen in die Hand nahm und dabei auch dem von den Gästen gewünschten und von den Wirthen begünstigten unästhetischen Treiben in den „Damenkneipen“ zu Leibe ging. Die Sozialdemokratie, wogelte man, begeben sich mit dieser Bewegung auf die Bahnen der „Berliner Stadtmission“ und des „Berliner Männerbundes“. Es wurde über die Kellnerinnenbewegung in „freisinnigen“ Kreisen öffentlich ebenso gespottet, wie in denselben Kreisen privatim über den Kampf der Sozialdemokratie gegen die Prostitution gespöttelt wird. Diese Beurtheilung der „Sittlichkeitsbestrebungen der Sozialdemokratie“, wie sich „freisinnige“ Blätter auszudrücken beliebten, zeugt von großer Gedankenlosigkeit. Daß wir der „Stadtmission“ und dem „Männerbund“ nicht sympathisch gegenüberstehen, haben wir oft genug ausgesprochen. Daß der „Männerbund“ unsere Agitation keineswegs als Unterstützung seiner Bestrebungen ansieht, beweist die Haltung seines offiziellen Organs „Korrespondenzblatt zur Bekämpfung der öffentlichen Sittenlosigkeit“. Schon daraus läßt sich auf einen tiefgehenden Unterschied der Motive schließen, aus denen der „Männerbund“ und die Sozialdemokratie das Treiben in den „Damenkneipen“ und die Prostitution bekämpfen. Sie ihuen es zwar beide aus „sittlichen“ Gründen, — aber unter der „Sittlichkeit“ läßt sich etwas Verschiedenes verstehen. Die Freunde des „Männerbundes“ finden es überhaupt „unästhetisch“, daß ein Gast mit einer Kellnerin vertraulich wird, daß diese bei ihm sitzt, mit ihm auf seine Kosten zecht und ihn gleichfalls zum Zechen „animirt“. Sie halten es sogar schon

viereckigen Messingschilde stand: „B. D. S.“ Diese sechzig Mitglieder sind für einander haßbar. Da kamen verschiedene Verluste vor. Er mußte bezahlen und seitdem war er „Selbstständiger.“ So wars am besten. Da holte er sich jeden Morgen beim Drucker seine zehn rothen Marken mit dem Datum des betreffenden Tages, seinem Namen, Nummer und Adresse mit dem üblichen Vermert „Garantie 75 Mark, welche von mir selbst als Kaution beim Polizeipräsidium erlegt sind“ — bezahlte alle Vierteljahre seine Mark dafür und die Geschäftsunkosten sind gedeckt. Mehr konnte man auch nicht anlegen, denn der Verdienst wurde von Jahr zu Jahr immer schlechter. Das machte die Konkurrenz. Da war erst die Rohrpost, die war noch nicht einmal die schlimmste, dann aber die Packetsahrt. Ein Koll, das kostete bei ihr zweiunddreißig Pfennig, dreißig Pfennig das Porto und zwei Pfennig die Bestellkarte. Damit ließ es sich nicht aufnehmen. Denn, wars zum Beispiel eine weite Strecke, etwa eine Stunde hin, so konnte er's unter achtzig Pfennigen beim besten Willen nicht leisten, weil er nämlich den Handwagen dazu brauchte, den er sich irgendwo entlieh . . . meistens aus einer Schmiede- oder Schlosserwerkstatt, die eine Art Leihgeschäfft damit trieben. Der Handwagen kostete nun pro Stunde fünfzig Pfennig hin und zurück, also dreißig, rechnete er für sich selber jede zu funfundzwanzig, das war doch gewiß nicht viel, so kamen zusammen achtzig heraus. Damit ließ sich nicht konkurriren. Der schlimmste Feind aber war das Telephon. Alle miteinander sahen die Dienstmänner voll grimmigen Hasses zu den schwankenden Drähten hinauf, die sich von Jahr zu Jahr zahlreicher über die Häuser spannten und kreuzten, gerade wie ein Netz, worin ihnen der

für „unästhetisch“, daß überhaupt weibliche Personen in Kneipen bedienen dürfen. Wir wenden uns nur dagegen, daß die Kellnerin zu diesem Treiben gezwungen wird, daß der Gast den Wirth durch die Zechen und die Kellnerin durch das Trinkgeld dafür bezahlt und sich daher für berechtigt hält, die Vertraulichkeiten der Kellnerin zu verlangen. Wir bekämpfen das Kellnerinnenwesen, wie die Prostitution wegen der auch hier hervortretenden Spuren der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Auch hier zeigt es sich, daß der Besitzlose für Geld sich alles verschaffen kann und daß der ihm das Dasein zu erleichtern und das Leben angenehm zu machen, einfach herhalten muß. Wir wenden uns dagegen, daß der Besitzlose sich dem Besitzenden mit allem, was er hat, Arbeitskraft, Gesundheit, Leben und Ehre, verkaufen muß. Das ist schon an sich unästhetisch. — „unästhetisch“ nach unserer Begriffs — der Gipfel der Unästhetik wird aber erreicht, wenn der Besitzlose dem Besitzenden für Geld das natürliche Bedürfnis heraus geleitet werden dürfte. Jede Verlehrung des Naturzweckes ist unästhetisch. Warum wir jetzt auf den Vorwurf der „Muckerei“ zurückkommen? Weil in den letzten Tagen die „freisinnige“ Presse mit einem Male ihre Stellung zur Kellnerinnen-Bewegung änderte, nachdem sich nun auch der Vorstand der Orts-Krankenkasse für das Gastwirthsgewerbe im Einverständnis mit dem Verein Berliner Gastwirthe und dem Verein Berliner Weibdierwirthe gegen das Kellnerinnen-Unwesen erklärt und bei der Polizei um Abhilfe gebeten hat. Das ist bezeichnend für das Wesen dieser Presse. Sie bekämpft Alles, was von der Sozialdemokratie ausgeht, — eben weil es von ihr ausgeht. Sobald aber von anderer Seite dasselbe geschieht, tritt sie dafür ein und wenn gar noch die hohe Polizei sich dafür zu interessieren anfängt, dann wird sie vollends Feuer und Flamme. Die sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen, welche den Kellnerinnen ihre Unterstützung leihen, werden sich aus der plötzlichen Theilnahme der Wirths, der Polizei und der „freisinnigen“ Presse jetzt ebenso wenig machen, wie sie früher aus der ablehnenden Haltung dieser selben Elemente und aus dem Vorwurf der „Muckerei“ gemacht haben.

Aus Mainz wird geschrieben: „Unsere Polizeibehörde beabsichtigt zu der Frage der Kellnerinnen eine entscheidende Stellung wie bisher einzunehmen; in unserer Stadt werden jedoch statistische Aufnahmen über die Zahl der in der Wirtschaften beschäftigten Kellnerinnen gemacht, außerdem soll festgestellt werden, wieviel Gehalt dieselben und es überhaupt Gehalt beziehen. Es ist nämlich bekannt geworden, daß in sehr vielen Wirtschaften die Kellnerinnen einen kaum nennenswerthen Gehalt und zwar häufig monatlich nur 3 Mark (!) erhalten, doch in den meisten Wirtschaften sind dieselben nur auf Trinkgeld angewiesen. (Genau wie in Dresden — da ist es eigentlich noch schlimmer, man läßt sich in der Pilsener Bierhalle, Frohngasse, noch wöchentlich 2,50 Mk. herauszahlen!) Dabei haben die Mädchen noch die Verpflichtung, gegen die Herren nicht allzu zurückhaltend zu sein, um nur soviel als möglich Champagner zu verkaufen. Von jeder Flasche Champagner, welche sie verkaufen, erhalten sie nämlich einen Prozentsatz als Belohnung. (Also ähnlich wie in den Crystalhallen in der Scheffelstraße in Dresden.) Die Polizei wird nun auf Grund des gesammelten Materials die nöthigen Schritte thun und wird jetzt eine sehr scharfe Kontrolle in solchen Restaurants ausführen.“ — In Dresden wird man, genau wie bei allen anderen guten diesbezüglichen Einrichtungen erst in fünfzig Jahren anfangen, denn in Dresden geht ja bekanntlich das Welt 50 Jahre später unter und die Sonne später auf, als anderswo.

Ebenso erfahren wir, daß es auch in den kleinen Provinzialstädten mit dem Kellnerinnenwesen nicht besser aussieht. In Cottbus soll beispielsweise ein hoher Polizeibeamter in für ihn nicht gerade angenehmer Art in ein Strafverfahren wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen von mehreren Gästen in einer Kellnerinnenkneipe, verwickelt sein. Ebenso ist in dem kleinen Städtchen Sorau das Unwesen dasselbe; nach dort ist eine aus dem berüchtigsten Lokale von Görlitz engagirt gewesene Wienerin geholt worden. In Spremberg giebt es auch eine sehr beträchtliche Anzahl von Kellnerinnenkneipen, in welchen Damen an „Liebenswürdigkeiten“ nichts zu wünschen übrig lassen. Dabei werden diese statistischen Aufnahmen in Mainz jedenfalls zu demselben Resultat führen, wie die feinerseitig in Hannover angestellten, nämlich zu Polizeimaßregeln — aber nicht etwa gegen die Wirths, sondern gegen die Kellnerinnen. Die Vertreter der heutigen Gesellschaft haben ja doch nicht die Absicht solches Uebel an der Wurzel auszurotten, sondern

Garaus gemacht werden sollte. Eine schwere, saure Zeit. Anno dreiundsechzig, damals, als er zum erstenmal den blauen Kittel überzog und es die verdammten, neuen Erfindungen noch nicht gab, da verdiente man noch seine vier bis fünf Mark pro Tag, heute nicht mehr die Hälfte . . . eine Mark, ja fünfzig Pfennige nur häufig, manchmal auch überhaupt nichts. Und da trollte man so den Tag, zwölf Stunden hintereinander, von früh bis abends herum . . . Leben ließ sich freilich nicht davon. Da aber war die Frau zu Hause, die wusch und plättete, das brachte ihnen fünfzehn Groschen den Tag, und dann, zum Glück, dann gings ja so nicht das ganze Jahr. Nur in der Zeit vom Dezember bis April trug er den Kittel, weil er da nichts anderes anzufangen hatte . . . sonst in den übrigen Monaten war er Dachdecker trotz seiner Sechziger. Es war ihm in der Winterzeit schon so zur Gewohnheit geworden, auf den Verdienst sah er kaum mehr. Fünfundvierzig Mark hatte ihm der vorige Winter gebracht, vier Monate hindurch, er hatte sich's aufgeschrieben. Allerdings ein paar Wochen lang hatte er krank gelegen. Er hatte es auf der Brust. Deshalb machte er auch keinen festen Stand; denn da bekam er kalte Füße, und das war ihm nicht gesund. Uebrigens gab es auch so manchmal einen ganz hübschen Extraverdienst. Am meisten von den jungen Herrn, wenn sie ihn zu Fräuleins schickten. Dann setzte es oft eine Mark. Oder wenn Extrablätter ausgegeben wurden, wie dieser Tage erst, wo etwas Merkwürdiges passirt war. Da lief er in den „Lokal-Anzeiger“, dort werden sie immer gratis vertheilt und holte sich einen ganzen Stof, auf der Straße bekam er gerne fünf und zehn Pfennig pro Stück. Er verlangte es nicht grade, aber wenn

nur die Wirkungen weniger sichtbar zu machen. Eine gesetzliche Bestimmung, daß Kellnerinnen nur gegen ausreichenden Lohn engagiert werden dürfen, würde allem Unfug ein Ende machen. — wenn das Gesetz nicht nach der Art vieler anderen, mehr Hinterthüren als Paragraphen hat!

Die „Freie Volksbühne“

welche ihren Mitgliederbestand jetzt auf beinahe 5000 Personen gebracht hat, eröffnete am vergangenen Sonntag ihr zweites Vereinsjahr mit einer Aufführung von Ibsen in Deutschland bisher noch nicht gespieltem Schauspiel „Der Bund der Jugend“. Die Vorstellungen finden von jetzt an im „Belle-Alliance-Theater“ statt. Die Uebersetzung bedeutet, wenn man nach der ersten Vorstellung bereits urtheilen darf, mindestens keine Verschlechterung. Die feine Satire, mit welcher Ibsen die Scheinheiligkeit, Verlogenheit und Charakterlosigkeit gewisser Elemente der „oberen“ Gesellschaftsschichten darstellt, fand bei dem bis auf den letzten Platz gefüllten Hause verständnißvolle Theilnahme und lebhaftesten Beifall. Wir begrüßen es mit Freude und Genuß, daß der Verein jetzt bereits das dritte Stück von Ibsen zur Aufführung bringt, um so mehr, da Ibsen fast in allen seinen Stücken, auch in dem „Bund der Jugend“, die Frauenfrage berührt, sodas auch die weiblichen Mitglieder des Vereins dabei auf ihre Rechnung kommen. Es sei bei dieser Gelegenheit überhaupt darauf hingewiesen und dankend anerkannt, daß fast sämtliche im ersten Vereinsjahr aufgeführten Stücke dieses Thema wenigstens streifen.

Es wird den Berliner Arbeiterinnen nachgesagt, daß sie mit Vorliebe die rührseligen „Volks“-Stücke der Bühnen dritten und vierten Ranges besuchen. Dieser Vorwurf ist nicht ganz grundlos. Aber die „Freie Volksbühne“ hat darin bereits Manches geändert. Sie weist unter ihren Mitgliedern eine große Anzahl von Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes auf. Möchten doch unsere Arbeiterinnen dem Verein, soweit sie ihm noch nicht angehören, möglichst zahlreich beitreten und auch andere zum Beitritt anregen. Für die zweite Abtheilung findet die Aufführung des „Bund der Jugend“ am 18. Oktober, für die dritte wahrscheinlich am 25. Oktober statt. Neue Mitglieder der dritten Abtheilung werden gegen ein einmaliges Einschreibegeld von 1 Mark und einen Monatsbeitrag von 50 Pf., wofür monatlich eine Vorstellung, aufgenommen.

Situationsbericht der schweizerischen Textilarbeiter.

Wie allerwärts ist auch bei uns die einst so blühende Hausindustrie in den kapitalistischen Großbetrieb übergegangen. Statt daß aber durch die Vervollkommnung der Maschinenteknik die Existenz der Einzelnen hätte gebessert werden können, sezzen alle unter dem Druck und der Ausbeutung des Kapitals. Die für die heutigen Verhältnisse zu lange Arbeitszeit (11 Stunden), das Akkordsystem, die Beschäftigung von Frauen und Kindern, sowie das Zustromen von nicht gelernten Berufsgenossen, wirken derart auf die Löhne, daß dem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz zur Unmöglichkeit geworden ist. Dazu kommen noch die vielen, durch die Ueberproduktion herbeigeführten Geschäftsstößen. Hand in Hand mit den oben angeführten Faktoren geht auch der Umstand, daß die Arbeiter viel zu lose organisiert sind, während die Arbeitgeber viel zu gewissenlos sind, um im Falle einer Verbesserung der Lage der Arbeiter zu denken. Statt sich mit einander zu verbinden und gegenseitig zu unterstützen, die Fabrikate zu einem gewissen einheitlichen Preis auf den Weltmarkt zu bringen, machen sich die Fabrikanten unter einander selbst die größte Konkurrenz durch billigeren Verkauf der Artikel. Um sich aber dennoch einen mißellosen Gewinn zu sichern, beschneiden sie den Lohn des Arbeiters und lassen minderwertiges Material verarbeiten. Was auf diese Art dann noch für den Arbeiter herauskommt, kann sich jeder selbst vorstellen.

Wie schon bemerkt, ist die Hausindustrie in den Großbetrieb übergegangen und existiert nur noch in einzelnen Gegenden der Schweiz. Ihre Existenz ist eine höchst betrübende — ist doch ihre Arbeitszeit eine nahezu unbeschränkte und dauert je nach Willkür des Auftraggebers 12, 14 bis 16 Stunden, sogar oft ununterbrochen — und ihre Erträglichkeit nur dadurch erklärlich, daß die meisten hausindustriellen Arbeiter ihren Erwerb als Nebenberuf betreiben. Noch unglücklicher sind die Fabrikarbeiter. Schon die Behandlung von Seiten der Vorgesetzten läßt viel zu wünschen übrig und verdient eigentlich in vielen Geschäften

man es ihm gab, so nahm er's eben. Nur der Schugmann durfte es nicht sehen. Schade nur, daß es ihm so auf der Brust lag. Hatte er schreien können, wie die anderen, dann hätte er auch viel mehr verdient. Immerhin hatte er schließlich eine Mark und achtzig Pfennig dafür in der Tasche.

„Na, Auzust, ooch noch am Leben?“

Er ist Ede Schügen- und Mauerstraße angelangt, ruft ihn ein Kollege an, ein Ständiger, mit vollem gesunden, glattraktem Gesicht. Das ist der Vortheil des Ständigen. Er ist in dem Revier bekannt, da sind denn auch die Einnahmen besser. Aber er auch ist unzufrieden. Das macht der verfluchte Winter. In der Winter streng, dann schießen an allen Ecken Kollegen empor, meistens vom Bau, wo die Arbeit eingestellt wird, und das Bißchen Brot geht in tausend Brocken. Ist es aber milde wie heuer, dann besorgen sich die Leute, um Lust und Sonne auf der Straße zu schnappen, ein paar Gänge selbst . . . und giebt's mal wirklich was, so ist es ein „leerer“ Gang, in ein Nachbarhaus, für zehn Pfennige. Während die Weiden wandern, streifen ihre Blicke unausgesetzt über die Fenster der jenseitigen Häuser — herab, grade wie beim Sehen . . . ob jemand winkt. Auf die Vorübergehenden achten sie nicht. Wenn sie von denen einer erblickt, so ruft er sie schon. Eben sind sie noch im schönsten Gespräch, da stürzt der schnellbeinige Jüngere plötzlich davon. Ohne Abschied, so ist es Sensitivitätsbrauch, denn in der ersten Etage, aus dem Manufakturwaaren-Geschäft hat sich ein Zeigefinger erhoben. (Schluß folgt.)

die Bezeichnung „Dressur“! Gewaltthätiges Bußverhängen, Lohnabzüge, Entlassungen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, sind keine Seltenheiten. Das organisierte Arbeiter am meisten zu leiden haben, braucht nicht erwähnt zu werden.

Die Löhnung, welche fast ohne Ausnahme auf dem Akkordsystem beruht, geschieht nach reinster Willkür. Ein Lohn, welcher als eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter resp. einer Arbeiterorganisation angesehen werden könnte, besteht nicht. Und diesem Umstande ist es namentlich zu verdanken, daß so viele Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern und sogar Aussperrungen von Arbeitern seitens der Arbeitgeber vorkommen. Es ist auch daher erklärlich, daß Angaben über Lohnverhältnisse keinen Anspruch auf Gründlichkeit machen können, wissen doch selbst in vielen Geschäften die Arbeiter unmittelbar vor der Auszahlung nicht, was ihnen gehört, oder nach der Auszahlung, wie der Lohn ausgerechnet wurde. Ferner besteht in vielen Geschäften das Zurückhalten von Decombe resp. Standgeld, welches auch nur bezweckt, den Arbeiter an das Geschäft zu fesseln. Allerdings gestattet diesen Modus das Fabrikgesetz und zwar in Höhe eines Wochenlohnes; dennoch giebt es Geschäfte, namentlich im Kanton Zürich, welche Decombe bis auf 50 Fr. zurückbehalten.

Doch genug der Darstellung all' der Uebelstände. Eine interessante Erscheinung ist, daß selbst die Fabrikanten, und zwar in allen Ländern ein Klageklage anstimmen und Jeder dem Andern die Schuld an der Schmutzkonkurrenz zuschreibt.

So klagt der deutsche Fabrikant über die Konkurrenz der Schweizer, der Schweizer über diejenige der Franzosen, der Franzose über diejenige der Engländer usw.; weiter aber klagen die Amerikaner über sämtliche europäische Fabrikanten. Sie bekennen somit alle, daß sie bezüglich der Hebung ihrer Branche sich nicht einig sind oder vielmehr nicht einig sein wollen. Denn, wenn der Wille da wäre, so würde wohl in dieser Hinsicht bald Wandel geschaffen sein, sowohl zu ihrem als zum Nutzen der Arbeiter. Ja, sie könnten, aber sie wollen nicht, weil es auch dem Arbeiter zu Gute käme. Hingegen zur Ausbeutung der Arbeiter, da sind die Herren einig, da sind sie international! Helfen kann hier nur eine gründliche, umfassende Organisation der Textilarbeiter, die nicht nur national, sondern international ist.

Was nun unsere Organisation anbelangt, so kann man sagen, daß dieselbe erst im Anfangsstadium ist und in Folge der vielen Hindernisse, die ihr entgegenstehen — insbesondere auch wegen der großen Zahl Frauen und Kinder, die in unserer Branche beschäftigt werden, sind doch in Basel allein 4012 weibliche und nur 1773 männliche Arbeiter — nur langsam, aber doch stetig vorwärts schreitet. Im Ganzen sind in der Schweiz ungefähr 100000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilbranche beschäftigt. Möchten doch diese Arbeiter und Arbeiterinnen alle nach und nach erkennen lernen, daß sie sich zusammenzuschließen müssen, daß ihnen die Hilfe, die Besserung ihrer Lage, weder von oben geboten wird, noch kommt, sondern, daß sie sich dieselbe selbst und zwar durch Organisation schaffen, das heißt erkämpfen müssen.

Darum, Genossen und Genossinnen, wollen wir sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefahr. Und dann können wir mit Schiller sagen:

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Vereine und Versammlungen.

München, 7. Oktober. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hatte am Dienstag, den 6. d. Mts. im Kreuzbräu seinen Vereinsabend. Die Versammlung war besonders stark von Frauen besucht. Ein Vortrag fand nicht statt, dafür aber eine rege Diskussion über eingelaufene Fragen. An dieser beteiligte sich hauptsächlich Frau Zhrer, welche zufällig anwesend war. Besonders ausführlich wurde besprochen die Frage: „Wodurch ist der Nothstand und die Arbeitslosigkeit in Schneidergewerbe entstanden?“ Frau Zhrer beantwortete diese Frage dahin, daß es in erster Linie die Mac-Kinley-Bill sei, welche durch hohe Zölle die Ausfuhr der deutschen Schneiderzeugnisse erschwere, theilweise ganz verhindere; dadurch wäre die Arbeitslosigkeit bedeutend vermindert worden und durch das Ueberangebot der Arbeitskräfte müssen naturgemäß die Arbeitslöhne noch mehr sinken. Eine weitere Folge ist, daß die weiblichen Arbeiter der Prostitution in die Arme getrieben werden und die männlichen Arbeiter das „Vagabundenthum“, wie es die herrschende Gesellschaft nennt, zu vermehren gezwungen sind. Eine zweite Frage war: „Welchen Werth haben die Organisationen der weiblichen Arbeiter, und welche Form der Organisation ist die beste?“ Die Beantwortung derselben übernahm ebenfalls Frau Zhrer, indem sie besonders darauf hinwies, wie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch für die Männer erst dann wieder bessere werden können, wenn auch der größere Theil der weiblichen Arbeiter in die Organisation eingereicht sei. Diese haben insofern doppelten Werth, weil sie nicht allein auf die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter hinwirken sollen, sondern auch für Hebung der Aufklärung eintreten, was ganz besonders für die weiblichen Arbeiter eine dringende Nothwendigkeit ist, weil man gerade hier ihre Arbeitskraft heute stets als minderwerthig betrachte. Jedenfalls sei jede Organisation ein Fortschritt für die Arbeiterinnen, aber es sei überall darnach zu streben, die Organisation zu zentralisieren, da nur große, starke Verbände in der Lage seien, gegenüber den internationalen Unternehmerverbänden wirksam für das Recht der Arbeiter einzutreten. Für die Herbeiführung der Arbeiterinnen zu den Verbänden müsse man entschieden eine größere Agitation, wie bisher entsalten. Am Schluß der Versammlung ließen sich viele der anwesenden Frauen in den Verband aufnehmen.

Konstanz, 27. September. Am Sonntag, den 27. September, fand hier eine öffentliche Textilarbeiterinnen- und Textilarbeiter-Versammlung statt, welche leider infolge eingetretener ungünstiger Witterung nur schwach besucht war. Genosse A. Behr referirte über die Ergebnisse des Brüsseler internationalen Arbeiterkongresses. Das Bureau bestand aus dem Genossen Bretschneider, der Genossin Frau Farchmin und dem Genossen Wetterlein. Redner schilderte den großartigen Eindruck, welchen der Kongress auf ihn gemacht. Er führte dann aus, daß die Gegner der Sozialdemokratie durch den Verlauf des Brüsseler Kongresses enttäuscht gewesen wären. Nicht Jaak und Zersplitterung, wie die Gegner prophezeiten, sondern Einigkeit und Zielbewußtsein waren der Zweck des Kongresses, und dieser Zweck ist im vollsten Maße erreicht worden. Redner führte aus, daß er speziell als Vertreter der Textilarbeiter nach Brüssel gegangen sei und zwar habe er vertreten: Gera, Apolda, Pöyneck, Weida, Hof, Greiz und Zeulenroda. Behr hatte dort bei seiner Ankunft dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Delegirten der Textilarbeiter aller Nationen zusammenkommen möchten, ein Wunsch, dem auch Folge geleistet wurde. Sie alle seien einig gewesen in dem Gedanken der Vereinigung des Prole-

tarats; nicht allein in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern herrschte die gleiche Noth und zugleich der gleiche Trieb, ein gemeinsames Band aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu schlingen. Wohl waren die Sprachen verschieden, nicht aber die Meinungen. Die Behörden suchten überall die Organisation zu unterdrücken und zwar aus Furcht, weil gerade die Textilarbeiter-Branche die größte ist. Das Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage sei wohl in der letzten Zeit meist erfolglos gewesen, aber wenn die Arbeiter nicht gekämpft hätten, würden ihre Lebensbedingungen noch schlechter sein. Der Arbeiter, welcher nicht fordert, bekommt Nichts, freiwillig giebt ihm der Unternehmer Nichts. Für brotlos gewordene Genossen mag eingetreten werden. Das Streben geht in erster Linie nach kürzerer Arbeitszeit, wodurch die Löhne nicht herabgedrückt, sondern gehoben werden, ferner auf Lohnerhöhung und menschenwürdige Behandlung. Ein näheres Eingehen auf diesen Vortrag und die Wiederholung der in Brüssel gefassten Resolution ist wohl nicht notwendig, da ja die Verhandlungen des Kongresses bereits veröffentlicht wurden. Reicher Beifall lohnte den Redner für den ausführlichen Vortrag, welcher mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen wurde. Danach richtete Frau Farchmin einen Appell an die Mädchen und Frauen, die Männer in ihren Bestrebungen zu unterstützen, die Arbeiterblätter zu lesen und sich zu organisieren. Unter Abführung der Marcellaise schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hamburg. Hier fand eine Frauen-Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Lebensmittelzölle und die Stellung der Frauen dazu“, worüber Herr Kreisemann referirte. Redner kritisirte die Folgen der Zollpolitik vom Jahre 1879 und führte an, daß nur wenige Lebensmittel noch zollfrei wären, und zwar seien dies solche, die sehr theuer sind und deshalb vom arbeitenden Volke nicht konsumirt werden können. Weiter schilderte der Redner, welche Wirkungen dagegen die Kornzölle und die Mac-Kinley Bill geseitigt hätten und wie das arbeitende Volk von solchen Maßnahmen hart betroffen werde. Die Frauen müßten es sich besonders angelegen sein lassen, Informationen darüber zu erlangen, was in der Oeffentlichkeit vorgeht, denn sie sind ja doch diejenigen, an welche die Frage herantritt: „Wie mit dem geringen Verdienst auskommen gegenüber den erhöhten Preisen für Lebensmittel?“ Es sprachen in diesem Sinne auch verschiedene Frauen in der Diskussion und wurde eine Resolution im Sinne des Vortrages angenommen und das Bureau beauftragt, dieselbe der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion zu übermitteln.

München. Eine sehr stark besuchte Arbeiterinnen-Versammlung fand gestern Abend im Bedengarten statt, in welcher Herr Dertel als Einberufer zunächst kurz die in den letzten Jahren am hiesigen Orte angestellten Versuche, die Arbeiterinnenbewegung in Fluß zu bringen, skizzirte und sodann Frau Zhrer-Beiten über „die Nothwendigkeit der Theilnehmung der Arbeiterinnen an der gewerkschaftlichen Bewegung“ referirte. (Es ist dieses schon oft in der „Arbeiterin“ behandelt, so daß wir von dem Inhalt des Vortrages absehen. V. Red.) Als nach dem Referat Herr Dertel von einer willkürlichen Auslegung des Vereinsgesetzes sprach, äußerte Herr Polizei-Offiziant Link das Bedauern, sich zu blamiren, indem er den Redner zur Rückkehr zur Tagesordnung aufforderte, die dieser gar nicht verlassen hatte. Er wurde von demselben gehörend zurechtgewiesen, worauf Redner noch aufforderte, dafür zu sorgen, daß die Frauen an der großen Arbeiterbewegung Theil nehmen, von Etappe zu Etappe. Als sich im Laufe der Debatte Genosse Dertel noch einmal veranlaßt fühlte, auf die von dem überwachenden Offizianten Link beliebte Unterbrechung zurück zu kommen und leblich durch Verlesung des Artikel 8 des Vereinsgesetzes nachzuweisen wollte, daß der Herr Offiziant im Unrecht war, erhob sich sofort der Gesetzeswächter und erklärte einfach die Versammlung auf Grund des Artikel 9 des Vereinsgesetzes für aufgelöst!!! Dertel bemerkte hierauf, daß man momentan gegen das Vorgehen des überwachenden nichts machen könne und forderte die Versammlung auf, ruhig auseinander zu gehen; gegen das Vorgehen des Offizianten Link werde Beschwerde erhoben werden. — Unter Hochrufen auf die Arbeiterbewegung und unter Absingen der Marcellaise entfernten sich die Anwesenden.

Gera. In dem benachbarten Dorna fand am 3. d. M. eine Volksversammlung statt, in welcher Frau Jaechem von hier über die wirthschaftliche und geistige Lage des arbeitenden Volkes referirte. Die Versammlung war gut besucht und auch das weibliche Element ziemlich stark vertreten. Die Referentin entrollte in klarer, allgemein verständlicher Form ein Bild der Lage des Arbeiterstandes. Sie schilderte in ergreifender Weise, wie schon in der frühesten Kindheit die Leiden des Proletariats beginnen. Tausende von armen Kindern sterben aus Mangel und Noth und unter den Erwachsenen grassirt die Schwindsucht. Von einer Erziehung in geistiger Hinsicht kann keine Rede sein, da die Mütter selbst schlecht erzogen sind und die Schule die Kinder im Sinne der herrschenden Klassen erzieht. Die Talente müssen verkümmern. In sittlicher Beziehung steht es ebenfalls traurig aus. Schlechte Erziehung und wirthschaftliche Mißstände sind die Ursachen aller Arten von Verbrechen. Wenn es besser werden soll, so müssen andere Einrichtungen geschaffen werden, wozu wir selbst Hand anlegen müssen. Vor allen thut Aufklärung dringend noth, damit das arbeitende Volk die Mittel und Wege kennen lernt, welche zur Befreiung der heutigen Ungerechtigkeit führen. Die Referentin schloß unter dem rauschenden Beifall der Versammlung mit einem Zitat aus Heine's Wintermärchen. Sodann ergreift Genosse Behr aus Gera das Wort, um die Nothwendigkeit der Gründung eines Arbeiterbildungsvereins darzutun. Nachdem noch Frau Jaechem die anwesenden Frauen und Mädchen zum Eintritt in die Bewegung aufgefordert und einige Genossen aus dem Brahmenthal sich an der Debatte beteiligt hatten, wurde ein Komitee beauftragt, die Gründung eines Arbeiterbildungsvereins zu erwirken. Die Versammelten waren in so animirter Stimmung, daß sie auch nach Schluß der Versammlung nicht den Saal verließen. Es wurden nun noch einige Arbeiterlieder gesungen und mit dem Wunsche auf baldiges Wiedersehen trennten sich Freunde und Freundinnen von uns mit der Versicherung, schon lange keinen so schönen Abend verlebt zu haben.

Storten. Im Saale des Herrn Schumann zu Storten fand heute eine außerordentliche Volksversammlung statt, in welcher Herr Hugo Nöddiger aus Gera vor einer zahlreichen Zuhörerschaft beiderlei Geschlechts über die Gewerkschiedsgerichte in einem 1½ stündigen Vortrag referirte, der von den Anwesenden mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit entgegen genommen wurde. Nach einer Pause von 10 Minuten wurde der letzte Punkt der Tagesordnung und Verschiedenes zur Erledigung gebracht. Hierzu plädirten Herr Sandheim und Frau Vogel (Gera), welche den Anwesenden die Gründung von Arbeiterbildungsvereinen sehr

ans Herz legten, in welchen den Arbeitern die beste Gelegenheit geboten würde, auf die Stufe der heutigen Volksbildung zu gelangen. Frau Vogel sprach noch zum Schluss den Wunsch aus, daß sich auch die Frauen und Jungfrauen aufrufen und unter sich einen derartigen Verein ins Leben rufen sollen, damit auch sie stets am Platze sind, wenn es sich um ihre Interessen handelt. Auch Vetterlein wurde für die Aufmunterung reicher Beifall und Anerkennung zu Theil.

Polizei und Arbeiterbewegung.

In Bayern thut die Polizei Thaten, bei denen die Sachen gestehen müssen: „Die Leute sind auch bald bei der Gemüthlichkeit“ angekommen, die bisher als unser Privilegium gegolten hat.“ Nicht nur, daß die Münchener Polizei die Genossin Ihrer, welche über die Nothwendigkeit der Beseitigung der Arbeiterinnen an der gewerkschaftlichen Bewegung sprechen wollte, die Versammlung schlankweg verbot, nein auch die „Münchener Post“, das verhaßte Blatt der dortigen „Wähler und Heher“, erfährt am selbigen Tage eine Konfiskation auf Grund des § 110 des Reichsstrafgesetzbuches, welcher von Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz oder gegen von der Obrigkeit getroffene Anordnungen handelt. Unser Münchener Parteiblatt erzählt über den merkwürdigen Hergang dieses Verbots folgendes: Ueber die Konfiskation waren wir weniger erstaunt, da wir in Bayern und einigen umliegenden Ländern trotz des „neuen Kurses“ gar Vieles für möglich halten, als vielmehr über den Grund und die Veranlassung zur Konfiskation. In der betreffenden Nummer besand sich nämlich ein Inserat (nebst einem redaktionellen Hinweis darauf), durch welches die Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung mit Frau Ihrer als Referentin angeklagt war. Die Redaktion schloß ihre Thätigkeit schon um 2 Uhr in der selben Uebereignung, nichts gethan zu haben, was den Herrn Staatsanwalt oder eine hochwürdliche Polizei beunruhigen könnte. Aber die Redaktion dachte, die Münchener Polizei lenkte. Letztere nämlich hatte noch im Laufe des Montags die angeklagte Versammlung verboten. Leider unterließ es die hohe kgl. Polizeidirektion, die Redaktion der „M.“ von diesem ihrem Beschlusse in Kenntniß zu setzen. Die übrigen Münchener Blätter haben die Nachricht ebenfalls gebracht. In Nichterkenntniß dieses polizeilichen Verbotes nun kam die Zeitung in die Presse. Weil wir nun von den polizeilichen Verböten keine Mittheilung gemacht haben, richtiger, weil wir die Ankündigung dieser Versammlung im Inseratentheil und im Lokalen gebracht haben, sollen wir uns gegen § 110 des R.-Str.-G.-B. vergangen haben, d. h. sollen wir zum Ungehorsam gegen Gesetz bzw. obrigkeitlich getroffene Anordnungen aufgefordert haben. Man möchte meinen, daß, wenn die Polizeidirektion darauf Werth legt, daß die „Münchener Post“ das Verbot veröffentlicht, sie Anlaß hätte, der Redaktion durch einen ihrer zahlreichen Diener eine diesbezügliche offizielle Nachricht von ihrem Beschlusse zuzufenden. Sie thut das aber nicht, sagt jedoch, ihr habt zum Ungehorsam aufgefordert! Wer es noch nicht gelernt hat, mag es an solchen Vorkommnissen kennen lernen, was es mit dem „neuen Kurs“ auf sich hat.

Und England. Ueber die Art, wie Arbeitervereinigungen in England von Seiten der dortigen Regierung behandelt werden gegenüber der bei uns üblichen, stellt die „Frankf. Ztg.“ folgenden Vergleich an:

Die äußerlichen Umstände, unter denen der Gewerkschaftskongress zu Newcastle stattfindet, sind für uns Deutsche schon so bemerkenswerth als möglich. Er besteht aus beinahe 600 Delegirten, die circa zwei Millionen Gewerkevertreter vertreten. Eine solche Abgeordnetenzahl hat wohl noch nie ein Arbeiterparlament in einem anderen Lande vereinigt. Das Rathhaus von Newcastle ist zur Verfügung des Kongresses gestellt, über 6000 Mk. sind zu seiner Bewirthung vom Stadtrath bewilligt und der Unterstaatssekretär Dorst sowie Vertreter der königlichen Arbeitskommission wohnen den Verhandlungen offiziell bei. Das sind, ebenso wie das Avancement eines Gewerkschaftsführers in ein Ministerium, die Ernennung anderer zu Fabrikinspektoren und Friedensrichtern, Dinge, die wir in Deutschland noch nicht kennen. Wir haben noch nie davon gehört, daß eine deutsche Stadt irgend einem Arbeiterkongresse ihr Rathhaus zur Verfügung gestellt oder für seine Sitzungen eine Subvention bewilligt hätte, selbst dort, wo es sich um die gemäßigtesten deutschen Arbeiterorganisationen, um die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine handelte. Ebenso wüßten wir uns nicht zu erinnern, daß jemals unser „Minister für Sozialpolitik“ im Reiche, Herr v. Bötticher, einem deutschen Arbeiterkongress beigewohnt hätte, oder sich auch nur bei ihm hätte vertreten lassen; meistens pflegt bei uns ausschließlich die Polizei die Staatsbehörden auf Arbeiterkongressen zu repräsentiren. „Englisch — sitzlich“ werden eben die Regierungspolitiker bei uns sagen; welche Sitte aber ein besseres Verhältniß zwischen Volk und Regierung herstellt, die vorurtheilslosere englische, oder die steifere deutsche, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Allerlei aus aller Welt.

Die Frau gehört in die Familie, das hörten wir oft vom Regierungstische herab sprechen. Nun lesen wir folgendes im „Amtlichen Anzeiger“ über den Eisenbahnbau der Strecke Wieders-Voburg: „Mit dem Bau genannter Bahnlinie ist seit drei Monaten begonnen worden. Die Arbeiten schreiten sehr schnell vorwärts, sodas voraussichtlich bereits vor dem festgesetzten Termin die Fertigstellung und Uebergabe erfolgen dürfte. Die Erdarbeiten sind bereits zum größten Theil fertig gestellt; verschiedene Hochbauten (Bahnhäuser, Bohnhäuser) in Wieders, Woltersdorf, Bäden, Zebdenia sind ebenfalls flott in Arbeit. Die Fertigstellung dieser Gebäude dürfte Ausgangs Oktober bestimmt erfolgen. Die Gegend, die bisher in ihrer Abgeschlossenheit wenig von dem Getriebe der Zeitgeit verspürte, zeigt nun infolge des Bahnbau's buntbewegte Bilder. Größere Kolonnen weiblicher Arbeiterinnen sieht man bei den Erdarbeiten beschäftigt, deren Ausführung man sonst nur von männlichen Arbeitskräften zu sehen gewöhnt ist.“ Befragt sich die Frau mit wissenschaftlichen Studien, so gilt diese Beschäftigung als „unweiblich“; aber wenn sie mit schwerer Schaufel in gebückter Stellung gräbt, ja Bauer, so ist das ganz etwas anderes, dann ist diese Arbeit durchaus nicht unweiblich. In eine immer größere Anzahl von Berufen dringt die Frau. Sie wird immer mehr und mehr wirtschaftlich vom Manne unabhängig. Der Familienvater, der früher allein seine ganze Familie ernährte, tritt von der geschichtlichen Bühne ab. Die alte Familienform wird durch die Tendenzen unserer Wirtschaft mit reißender Schnelligkeit zersert. Die unfruchtlichen Tendenzen unserer Wirtschaftsweise, das sind fürchterliche Feinde unserer heutigen „Staats- und Gesellschaftsordnung“.

England. Die Verhandlungen des Gewerksvereins-Kongresses zu Newcastle haben gezeigt, wie die englischen Arbeiter sich immer mehr von der Bevormundung der Bourgeoisie und den liberalisirenden Anschauungen befreien. Der Präsident Burt eröffnete den Kongress. Seien früher, so sagte er, Könige, Feldherren und Armeen im Norden Englands zu tödlichem Kampfe zusammengekommen, so verfolge ihr aus dem Süden, Westen und Norden beschidter Kongress einen ganz anderen Zweck: nämlich aufzubauen und nicht zu zerstören. Niemals zuvor wäre innerhalb des Vereinigten Königreichs eine derartige Zusammenkunft von Vertretern der Gewerksvereine abgehalten worden, ja nicht einmal in der ganzen zivilisirten Welt. Ehre daher den Männern, welche die Massen organisiert haben! Er freute sich, daß die Frauen zahlreicher als früher vertreten seien. Den Frauen thäte noch mehr als den Männern Organisation noth und er dachte, daß Frauen in allen Fällen, wo sie Arbeit von gleicher Güte wie die Männer lieferten, auch zu demselben Lohn berechtigt wären und daß die Männer sie hierin unterstützen sollten. Mit der wachsenden Stärke der Gewerksvereine würde eher eine Abnahme als Zunahme in den Streiks eintreten. Er sei durchaus nicht für gänzliche Verbannung der Ausländer, im Gegentheil. Gar manches Mal machten die Laubheit und Blindheit des Mammons es erforderlich, die Räder zum Stehen zu bringen. Es wäre jedoch eine häßliche Waffe, ähnlich wie der Bumerang, welcher, wenn ungeschickt geworfen, gegen seinen Absender zurückfliehe. Wo sich Streitigkeiten auf friedlichem Wege beilegen ließen, wärs es ein Verbrecen, einen Streik zu beginnen. Es gäbe nicht, was die Arbeiter nicht erreichen könnten, wenn sie einig und entschlossen wären. Sie wären indes nicht einig, sondern hauptsächlich in Hinsicht auf die Auffassung der Staatspflichten, getrennt. Während ein Theil sich mit der Durchführung der bestehenden Gesetze zufrieden erkläre, trete ein anderer Theil für einen fundamentalen Wechsel in dem ganzen industriellen System ein, um den Staat in fast den einzigen Produzenten und Arbeitgeber umzuwandeln. Er selbst sei jedoch mehr für Selbsthilfe, als für staatlichen Zwang. In Bezug auf die Frage der „Selbsthilfe“ und „Staatshilfe“ herrsche bekanntlich noch viel Unklarheit unter den englischen Arbeitern. Die Ausführungen Burts selbst beweisen, daß auch er nicht einseht, was wir Sozialisten eigentlich unter Staatshilfe verstehen und in welcher Weise wir den Werth dieser Staatshilfe beurtheilen. (Nun, der Red.) Eine bessere und gerechtere Vertheilung des Reichthums sei das Hauptproblem, das der Lösung harre, und sie erachteten es deshalb als ihre Aufgabe, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den materiellen Wohlstand, wie Charakter und Geist des Menschen auf eine höhere Stufe zu heben. — Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten schritt dann der Kongress zur Frage des Achtstundentages. Es entwickelte sich eine für die englischen Zustände sehr charakteristische Debatte. W. Matfin (Liverpool) brachte eine Resolution ein, welche besagt, der Kongress sei der Ansicht, daß jetzt die Zeit gekommen sei, daß die Regierung gemeinsam mit allen fremden Regierungen versuchen solle, einen allgemeinen achtstündigen Arbeitstag herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sei eine internationale Konferenz einzuberufen. Der Antragsteller sprach sein Bedauern darüber aus, daß die englische Regierung nicht vollständig die Empfehlungen der Berliner Konferenz befolgt habe. Darauf stellte Young, ein Vertreter der Northumberland-Grubenarbeiter, einen Unterantrag, welcher besagt, daß es unmöglich sei, eine allgemeine Gleichheit der Arbeitsstunden einzuführen, ohne sehr ernstlichen Schaden denjenigen Arbeitern zu verursachen, welche unter sehr ungünstigen Bedingungen sich ihren Lebensunterhalt erwerben. Knight von Newcastle unterstützte diesen Antrag; sie würden, sagte er, um 100 Jahre zurückgehen, wenn sie sich an die Regierung wegen Festsetzung der Arbeitsstunden wendeten. Ein achtstündiger Arbeitstag würde Ueberzeitarbeit unmöglich machen. (Aufe: Das ist es gerade, was wir brauchen!) Dieser Unterantrag mit seinem rückständigen Inhalt wurde aber vom Kongress mit der großen Majorität von 302 gegen 136 Stimmen verworfen. Dann beantragte Keir Hardie aus Ayrshire, zu der Resolution folgende Worte hinzuzufügen: „Dieser Kongress bestätigt aufs neue den Beschluß des vorjährigen Kongresses in betreff des gesetzmäßigen achtstündigen Arbeitstages“. Dieser Antrag wurde mit 232 gegen 163 Stimmen angenommen. Dies bedeute einen ganz gewaltigen Fortschritt der englischen Trades-Unions seit dem vorjährigen Kongress, wo nur eine geringe Majorität für die allgemeine Einführung des Achtstundentages und eine Minorität für Einführung desselben durch die staatliche Gesetzgebung vorhanden war.

Frankreich. Ein Kongress sämtlicher Textilarbeiter Frankreichs ist für den 22. November nach Lyon einberufen. Auf der Tagesordnung steht:

1. Errichtung einer Vereinigung aller in der Textilbranche beschäftigten Personen. 2. Aufstellung eines einheitlichen Tarifs.

Außerdem sind alle Gewerkschaften der Textilbranche eingeladen, weitere Anträge zur Tagesordnung zu stellen.

Zur Schonung der Nerven. 3000 bis 3200 unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Prostituirte giebt es zur Zeit in Berlin. So theilt der „Lokal-Anzeiger“ wenigstens seinen Lesern mit. Diese Zahl sei eine kultuirende (veränderliche); da durch Dispense, Heirathen usw. stets eine Anzahl von der Kontrolle (oder „Sitte“, wie es in der Notiz des „Lokal-Anzeigers“ geschmackvoll heißt) entlassen werden und natürlich stets neue hinzukommen. Dieser seiner Notiz weiß der „Lokal-Anzeiger“ jedoch noch hinzuzufügen, daß ein großer Theil der Prostituirten photographirt und die Bilder dem Verbrechenalbum einverleibt werden. Es seien dies diejenigen, welche ihre „Freunde“ — die übrigens auch die Freunde des „Lokal-Anzeigers“ sein dürften — bestehlen. — Warum diese ärmsten aller Opfer unserer Gesellschafts-„Ordnung“ stehlen, darüber schweigt sich der „Lokal-Anzeiger“ aus — jedenfalls mit Rücksicht auf die Nerven seines Leserkreises. Es sagt seinen Lesern nicht, daß diese armen Geschöpfe drei Mal ausgebeutet werden und oft, wenn sie nicht Alles, was von ihnen verlangt wird, herbeischaffen können, zum Stehlen geradezu gezwungen werden. Er verschweigt, daß sie ausgebeutet werden, erstens von den Zubältern, die ihren ganzen Lebensunterhalt von den Mädchen verlangen; zweitens von den Zimmervermietherinnen, die für die Gebühre, täglich wegen Stuppel angezogen und mit Gefängniß bestraft zu werden, oft das 5-10-fache des gewöhnlichen Miethspreises verlangen; und drittens endlich von den „Freunden“ selbst, die möglichst billig ihre Freunde genießen wollen. Er sagt ferner seinen Lesern nichts davon, daß die „Freunde“ — schon mehrfach haben es die Gerichtsverhandlungen bewiesen — stark betrunken zu den Mädchen kommen, und dann glauben, das ver-trunkene Geld sei gestohlen; und endlich, daß dann solches arme Geschöpf, wenn sie erst einmal vorbestraft, keinen Glauben findet und oft auf Monate ins Gefängniß wandert! Das alles schreibt das „Ordnungs“-Blättchen nicht — seine Leser könnten sich am Ende doch getroffen fühlen!

Berlin. „Die Krankheit der Kollmöpfe“ heißt die neueste Erscheinung unserer ungesunden sozialen Verhältnisse, und sie ist um so trauriger, als sie nur bei der schubbedürftigen heranwachsenden Jugend zu beobachten ist, die schon vom frühesten Kindesalter dazu gezwungen wird, nach Kräften zur Stillung ihres ewig hungrigen Magens beizutragen. Wer hätte nicht schon jene kleinen, oft kaum mit der nothdürftigen Kleidung versehenen Jungen, zuweilen auch Mädchen gesehen, die bei Tag und Nacht, in Sturm und Regen gleich Hundst die Kollwagen unserer Expediture bewachen? Bei diesen „Kollmöpfen“ — so werden die bedauerwerthen Kinder im Volksmunde geheißen — hat sich nun in Verlaufe dieses nassen Sommers eine Krankheitserscheinung herausgestellt, die wichtig genug war, um den Aerzten der Berliner Krankenhäuser den Grund zu eingehender Studien zu bilden.

Nabezu allwöchentlich werden solche kleine Wagenhüter eingeliefert, bei denen durchgehends eine sonderbare Erkrankung der Haut, am Kopfe und des oberen, von der Kleidung freigelassenen Halses wahrzunehmen ist.

Eine eingehende Untersuchung durch den gerichtlichen Chemiker hat in den letzten Tagen das überraschende Resultat ergeben, daß die kräupartige Krankheit dahin zurückzuführen ist, daß die Kollmöpfe sich mit den staubbedeckten unreinen Pferdebedecken vor Regen und Erkältung schützen.

Der Versuch, der durch das Auflegen einer solchen Decke auf den Oberarm eines jungen Mädchens gemacht wurde, erwies schon nach Verlauf von fünf Stunden eine leichte Röthe der Haut, die dem Versuchsobjekt ein brennendes, ligelndes Gefühl verursachte. Nach weiteren drei Stunden zeigten sich leichte Pickeln, die sich nach und nach mit Eiter füllten und so zu der Krankheit der Kollmöpfe ausarteten, welche die ärztliche Behandlung der damit Befallenen bedingte. Die Eltern die so unglücklich sind, ihre Kinder das Geschick eines Kollmopfes verrichten lassen zu müssen, mögen um der Gesundheit ihrer Kinder willen darauf achten, daß die Kleinen eine andere Hülle für die Unbilden der Witterung benutzen, als Decken, mit welchen die schweiß- und staubbedeckten Pferde vor Erkältung geschützt werden. Eine derartige Vorsichtsmaßregel allein nur vermag es, einer Krankheit abzuwehren, die gar leicht von recht verhängnisvollen Folgen begleitet sein könnte.

Weiteres.

Eine Fabel. Ein reicher Mann hatte ein Stück Land, auf welchem ein Maulthier weidete. — „Ich werde dich einschirren“, sagte der Mann zum Maulthier, „und dich dieses Land pflügen lassen, um Melonen darauf zu pflanzen, welche ich sehr liebe, während die Stengel dich reichlich mit Nahrung versehen werden.“ Das Maulthier erwiderte hierauf: „Wenn ich einwillige, zu diesen Bedingungen zu arbeiten, wirst du alle Melonen haben, und mir wird es schlimmer als jetzt, da ich trodene Stengel zu freissen haben werde, statt frisches Gras. Ich werde es nicht thun.“ — „Wie unvernünftig du bist“, meinte der reiche Mann, „dein Vater hatte nie andere Nahrung als Disteln und arbeitete doch 16 Stunden und sogar mehr per Tag, ohne Murren.“ — „Leider ist das wahr“, erwiderte das Maulthier, „aber Sie wissen doch auch, daß mein Vater ein Esel war.“

W. Fürscheim. („Der einzige Rettungsweg.“) **Ideale Gleichberechtigung.** Man spricht in einer Gesellschaft von der Rechtlosigkeit der Frauen. Der Hausvater nimmt sich mit Eifer der Frauen an und erklärt: „Ich habe für vollkommene Gleichberechtigung von Mann und Frau. Jeder soll in seinem Wirkungskreis vollständig frei und selbständig walten. Die Grenzen der Ressorts hat natürlich — der Mann zu bestimmen.“

Doch etwas. Er: „Immer diese großen Rechnungen der Schneiderinnen; andere Frauen machen doch ihre Kleider selber, aber Du machst gar nichts!“ Sie: „Und was machst Du?“ Er: „Ich? ... Na, ich mache doch seit den drei Jahren unserer Ehe meine Zigaretten selber!“

Ihr tödtet nicht den Geist.

Den deutschen Behörden in's Stammbuch gewidmet von den bisher verurtheilten Frauen.

Ihr könnt das Wort verbieten — ihr tödtet nicht den Geist. Der über eurer Lüge, ein kühner Adler, freist! Ihr könnt das Wort verbieten, doch rollen wird sein Schicksal. Hin über eure Häupter in Dampf und Wiederhall: So lange wird es rufen zur That die schlafte Zeit. Wie nach der trägen Mutter das Kind verlangend schreit. Bis auf den höchsten Höhen, bis in den tiefsten Schacht. Der Mensch zum letzten Kampfe sich aufrast und erwacht. Sei, wie die Steine fallen von eurer festen Burg! Durch die gestürzten Mauern glänzt schon das Frühlucht durch. Und wenn auch mancher sterbend an eurer Lüge sinkt, Sich auf den neuen Pforten ein neuer Kämpfer schwingt! — Ihr mögt sein Wort verbieten! Ich sehe seinen Geist. Wie er, ein kühner Adler, ob eurer Schande freist! Dann steigt auf todtten Trümmern die neue Zeit empor. Und Allen leihst sie freundlich ihr immer offnes Ohr! Dann werden Tage kommen, wo nicht mehr fort und fort Das Wort der bangen Sehnsucht auf durstigen Lippen dort. Wo Keiner Frevel nennen die fähne Wahrheit darf. Wenn sie den Fluch der Lüge beleuchtet grell und scharf! Dann find wir endlich Sieger! Und euch, euch blüht kein Schmach. Die auf dem Weg der Freiheit, ein trüber Schatten lag! — Noch ist in euren Händen die rohe, dumpe Nacht. Die jedes freien Wortes in Hochmuthsdünkel lacht. — Noch könnt ihr es verbieten, das Wort — doch schont sein Geist. Hoch über eurer Lüge, ein freier Adler, freist!

J. G. Madan.

Freie Vereinigung
sämtlicher in der Papier-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
Berlins u. Umgegend.
Montag, den 26. Oktober cr., Abends 8 Uhr
Generalversammlung
in Grottwild-Bierhallen, Kommandantstr. 77/79
Tagesordnung: 1) Wissenschaftlicher Vortrag. 2) ...
stellen wir uns zur Zentralisation? 3) Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch, der wichtigen Tagesordnung wegen
ersucht
Der Vorstand.

Druck von Fr. Meyer & Hingpeter, Hamburg, Rosenstr. 31.